

Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Informationspflichten für Bewerbungen

DRK Kreisverband Bad Doberan e.V.
Seestraße 12
18209 Bad Doberan
Deutschland

Externer Datenschutzbeauftragter
Wirtschaftskontor Weinert WKW Beratungsgesellschaft mbH
André Weinert
Beim Wendentor 1
18055 Rostock
Deutschland
Telefon: 0381-8170820
E-Mail: a.weinert@wirtschaftskontor-weinert.de

Verantwortlichkeiten

DRK Kreisverband Bad Doberan e.V.
Seestraße 12
18209 Bad Doberan
Deutschland

Kurzbeschreibung

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den DRK Kreisverband Bad Doberan e.V. und der DRK Rettungsdienst Bad Doberan gGmbH und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte.

Zweck der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten von Bewerberinnen und Bewerbern erfolgt zum Zweck der Durchführung des Bewerbungsverfahrens. Dies umfasst insbesondere die Prüfung und Bewertung der eingegangenen Bewerbungsunterlagen, die Kommunikation mit den Bewerbenden, die Durchführung von Auswahlverfahren (z. B. Vorstellungsgespräche, Probearbeiten) sowie die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses.

Darüber hinaus erfolgt die Verarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, insbesondere zur Einhaltung arbeits-, sozial- und gleichbehandlungsrechtlicher Vorgaben (z. B. Dokumentationspflichten nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz).

Sofern eine Einwilligung vorliegt, können die Daten auch für die Aufnahme in einen Bewerberpool verarbeitet werden, um die Bewerbenden bei zukünftigen passenden Stellenangeboten erneut berücksichtigen zu können.

Im Einzelfall kann die Verarbeitung zudem zur Verteidigung gegen geltend gemachte Rechtsansprüche aus dem Bewerbungsverfahren erforderlich sein.

Rechtsgrundlage

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten von Bewerberinnen und Bewerbern erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO in Verbindung mit § 26 Abs. 1 BDSG zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen, insbesondere im Rahmen des Bewerbungsverfahrens zur Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses.

Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DSGVO verarbeitet werden (z. B. Gesundheitsdaten oder Angaben zur Schwerbehinderung), erfolgt dies auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO in Verbindung mit § 26 Abs. 3 BDSG, sofern die Verarbeitung zur Ausübung von Rechten oder zur Erfüllung rechtlicher Pflichten aus dem Arbeitsrecht erforderlich ist.

Die Verarbeitung kann zudem auf Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO beruhen, soweit sie zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen erforderlich ist, insbesondere im Hinblick auf Nachweis- und Dokumentationspflichten (z. B. nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz).

Sofern eine Einwilligung erteilt wurde (z. B. zur Aufnahme in einen Bewerberpool), erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO in Verbindung mit § 26 Abs. 2 BDSG.

Darüber hinaus kann die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruhen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen erforderlich ist, insbesondere zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen im Zusammenhang mit dem Bewerbungsverfahren.

Berechtigte Interessen

Soweit die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruht, erfolgt diese zur Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen.

Ein berechtigtes Interesse liegt insbesondere in der ordnungsgemäßen Durchführung und Dokumentation des Bewerbungsverfahrens, der effizienten Organisation von Auswahlprozessen sowie der internen Kommunikation zwischen den am Auswahlprozess beteiligten Stellen.

Darüber hinaus besteht ein berechtigtes Interesse an der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen, insbesondere zur Abwehr möglicher Ansprüche aus dem Bewerbungsverfahren (z. B. nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz).

Soweit zulässig, kann ein berechtigtes Interesse auch darin bestehen, geeignete Bewerbende für zukünftige Stellenangebote zu identifizieren und erneut zu kontaktieren, sofern keine überwiegenden Interessen oder Rechte der betroffenen Person entgegenstehen.

Regelfristen für die Löschung

Die personenbezogenen Daten von Bewerberinnen und Bewerbern werden grundsätzlich für die Dauer des Bewerbungsverfahrens gespeichert und nach dessen Abschluss gelöscht.

Sofern kein Beschäftigungsverhältnis zustande kommt, erfolgt die Löschung in der Regel spätestens sechs Monate nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens. Diese Frist ergibt sich insbesondere aus der Möglichkeit, Ansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geltend zu machen.

Sofern eine Einwilligung zur Aufnahme in einen Bewerberpool erteilt wurde, werden die Daten über die Dauer des konkreten Bewerbungsverfahrens hinaus gespeichert. In diesem Fall erfolgt die Löschung nach Ablauf von in der Regel 12 Monaten oder nach Widerruf der Einwilligung, je nachdem, welches Ereignis zuerst eintritt.

Kommt ein Beschäftigungsverhältnis zustande, werden die Bewerberdaten – soweit erforderlich – in die Personalakte überführt und dort entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen weiterverarbeitet.

Eine darüberhinausgehende Speicherung kann im Einzelfall erfolgen, sofern dies zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling im Sinne des Art. 22 DSGVO findet im Rahmen des Bewerbungsverfahrens nicht statt.

Die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses erfolgt nicht ausschließlich automatisiert, sondern wird stets von den zuständigen Mitarbeitenden unter Berücksichtigung der individuellen Qualifikation, Erfahrung und Eignung der Bewerbenden getroffen.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb des Verantwortlichen erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf die personenbezogenen Daten, die diese zur Durchführung des Bewerbungsverfahrens benötigen. Dies sind insbesondere die Personalabteilung, die jeweiligen Fachbereiche bzw. Führungskräfte sowie ggf. die Geschäftsführung.

Sofern gesetzlich erforderlich, können auch Interessenvertretungen (z. B. Betriebsrat/Mitarbeitervertretung) in den Bewerbungsprozess eingebunden werden und Zugriff auf die erforderlichen Daten erhalten.

Darüber hinaus können externe Dienstleister als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO eingesetzt werden, insbesondere Anbieter von Bewerbermanagementsystemen oder IT-Dienstleistungen.

Eine Weitergabe an sonstige Dritte erfolgt grundsätzlich nicht, es sei denn, dies ist gesetzlich vorgeschrieben oder die betroffene Person hat ausdrücklich eingewilligt.

Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt.

Recht auf Widerruf

Wenn Sie in eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Recht auf Auskunft

Sie haben das Recht auf Auskunft über die von uns zu Ihrer Person verarbeiteten personenbezogenen Daten. Bei einer Auskunftsanfrage, die nicht schriftlich erfolgt, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir dann ggf. Nachweise von Ihnen verlangen, die belegen, dass Sie die Person sind, für die Sie sich ausgeben.

Recht auf Berichtigung

Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung, das heißt Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

Recht auf Löschung

Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Wir sind verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen.
- Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
- Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
- Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt.

Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Insbesondere haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten im Zusammenhang mit einer Direktwerbung, wenn diese auf Basis einer Interessenabwägung erfolgt. Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern

Werderstr. 74 a
19055 Schwerin

Telefon: 0385/59494-0

E-Mail: info@datenschutz-mv.de